

## **V-23 Gemeinsam für eine gute Daseinsvorsorge für alle: Solidarität mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und der BVG**

Antragsteller\*in: Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick)  
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

1 Im Frühjahr 2025 werden über 2,5 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes  
2 bundesweit  
3 für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne in Tarifauseinandersetzungen  
4 gehen. In  
Berlin kämpfen zeitgleich 16.000 Beschäftigte der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)  
für einen  
fairen Lohn.

5 Die Beschäftigten der BVG und des öffentlichen Dienstes sind elementarer Teil  
6 unser  
7 öffentlichen Daseinsvorsorge: Sie bringen uns durch die Stadt, pflegen und  
betreuen uns,  
halten Straßen und Parks sauber und bilden nächste Generationen aus.

8 Eine verlässliche und gerechte Daseinsvorsorge ist das Fundament einer  
9 lebenswerten und  
10 sozialen Stadtgesellschaft. Doch während die Beschäftigten für faire Löhne und  
11 gute  
12 Arbeitsbedingungen kämpfen, setzt der schwarz-rote Senat auf Sparmaßnahmen, die  
13 diese  
14 Grundversorgung gefährden. Die geplanten Kürzungen in Höhe von drei Milliarden  
Euro treffen  
unter anderem die BVG und viele Bereiche des öffentlichen Dienstes hart. Das  
schwächt nicht  
nur die Qualität der städtischen Infrastruktur, sondern verschlechtert auch die  
Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

15 Der schwarz-rote Senat wird den Menschen in Berlin damit nicht gerecht. Kürzungen  
16 und das  
17 Zurückhalten notwendiger Investitionen zeigt ihre Ignoranz gegenüber den  
18 Bedürfnissen der  
19 Berliner\*innen und dem Wohl der Stadt. Die Konsequenzen solcher Politik sind  
20 bereits heute

21 spürbar: Fahrpläne werden ausgedünnt, Wartezeiten verlängern sich, und der  
Nahverkehr  
verliert an Attraktivität. Eine Politik, die an denen spart, die Berlin am Laufen  
halten,  
tragen wir Grüne nicht länger mit. Denn sie gefährdet nicht nur unsere  
Daseinsvorsorge,  
sondern auch das Vertrauen in eine gerechte Stadtpolitik.

22 Im Gegensatz zum schwarz-roten Senat haben wir Grüne in Berlin gezielt in die BVG  
23 investiert. So haben wir in den letzten Jahren über 2,5 Milliarden Euro in die  
24 Modernisierung und den Ausbau des Nahverkehrs gesteckt, um die Infrastruktur zu  
25 stärken und  
26 umweltfreundliche, moderne Fahrzeuge anzuschaffen. Mit der Einführung des 29-Euro-  
27 Tickets  
haben wir die finanzielle Belastung der Fahrgäste gesenkt und den Umstieg auf den  
öffentlichen Verkehr gefördert.

28 Wir Grüne wollen Berlin gerecht machen.

29 Deshalb stehen wir solidarisch an der Seite der Beschäftigten und unterstützen  
30 ihre  
31 Forderungen, die für eine gerechte und funktionierende öffentliche  
Daseinsvorsorge  
unerlässlich sind.

32 Um den steigenden Lebenserhaltungskosten gerecht zu werden, muss es im  
33 Öffentlichen Dienst  
34 eine Erhöhung der Gehälter um mindestens acht Prozent oder ein monatliches Plus  
35 von  
36 mindestens 350 Euro geben. Außerdem müssen die Ausbildungsvergütungen und  
37 Praktikumsentgelte  
38 um 200 Euro monatlich erhöht werden. Wir unterstützen die Forderung nach drei  
39 zusätzlichen  
40 freien Tagen und einer Reduktion der Arbeitszeit für die Beamt\*innen auf 39  
41 Stunden pro  
Woche. Denn wer hart arbeitet, sollte sich auch erholen können. Zudem sollen  
Gewerkschaftsmitglieder als Anerkennung für ihre wertvolle demokratische Arbeit  
einen  
zusätzlichen freien Tag erhalten. Beschäftigte in Krankenhäusern und  
Pflegeeinrichtungen  
haben eine bezahlte Pause in der Wechselschicht verdient, um die gesundheitliche  
Belastung  
zu mindern.

42 Bei der anstehenden Tarifrunde ist für uns klar, wir stehen hinter den

43 Beschäftigten aus dem  
44 Öffentlichen Dienst und der BVG. Zusammen mit der Zivilgesellschaft wollen wir  
45 die  
Beschäftigten in ihrer Auseinandersetzung für eine gute öffentliche  
Daseinsvorsorge  
unterstützen.

46 Wir Grüne werden im Abgeordnetenhaus einfordern, dass entsprechende Gelder  
47 bereitgestellt  
48 werden, um die berechtigten Forderungen der Beschäftigten nach fairen  
49 Arbeitsbedingungen und  
50 guter Entlohnung zu ermöglichen. Die angekündigten Kürzungen der Berliner CDU  
müssen  
zurückgenommen werden. Denn sie sind nicht nur kurzfristig, sondern gefährden das  
Wohl  
unserer Stadt und die Lebensqualität der Menschen, die in ihr leben.

51 Was wir jetzt brauchen sind keine Kürzungen an unserer Daseinsvorsorge sondern  
52 eine  
53 langfristige, verlässliche Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und des  
gesamten  
öffentlichen Dienstes.

## **Begründung**

Im Frühjahr nächsten Jahres werden über 2,5 Mio Beschäftigte in Tarifeinverständigungen über höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gehen. Wir wollen zeigen, dass wir hinter den Beschäftigten und ihren berechtigten Forderungen stehen.

## **Unterstützer\*innen**

Leonie Wingerath (KV Berlin-Neukölln), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Felix Ackerschewski (LV Grüne Jugend Berlin), Marie Anna Graser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Tariq Kandil (LV Grüne Jugend Berlin), Tim Junge (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Luisa Böldt (LV Grüne Jugend Berlin), Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Niclas Christ (LV Grüne Jugend Berlin), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)